

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirats Findorff am 26.06.2018 im Jugendzentrum Findorff, Neukirchstraße 23a

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der Sitzung: 21.00 Uhr

Nr. XII/3/18

Anwesend sind:

Frau Gönül Bredehorst	Herr Ulf Jacob	Herr Oliver Otwiaska
Frau Hille Brünjes	Frau Sybille Klasmann	Herr Jürgen Oyen
Herr Christian Gloede	Herr August Kötter	Herr Moritz Sartorius (ab 19.35 h)
Herr David Ittekkot	Herr Manuel Kühn	Frau Claudia Vormann

Verhindert sind:

Herr Mokhtar Hashemzadeh-Atouie
Frau Anja Wohlers

Gäste:

Frau Rose Pfister - Senator für Kultur
Herr Dr. Joachim Steinbrück - Landesbehindertenbeauftragter Bremen
sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger

Die vorgeschlagene Tagesordnung lautet wie folgt:

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/2/18 vom 19.04.2018

TOP 3: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

a) Aktive Jugendliche im Stadtteil b) Bevölkerung c) Seniorenvertretung d) Beirat

TOP 4: Barrierefreiheit im Stadtteil

dazu: Herr Dr. Joachim Steinbrück / Landesbehindertenbeauftragter Bremen

TOP 5: Aufwertung und Sanierung des Findorfftunnels

dazu: Frau Rose Pfister / Senator für Kultur
Vertr. des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr

TOP 6: Zukunftskonzept regionale psychiatrische Versorgung Bremen-West

TOP 7: Bericht der Beiratssprecherin / Berichte aus dem Stadtteil

TOP 8: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

- Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
- Die Tagesordnung wird genehmigt.
- Die Ortsamtsleiterin weist daraufhin, dass während der Sitzung ein Aufnahmegerät die Sitzung aufzeichnet. Dies dient nur zu Protokollzwecken und kann auf Wunsch abgeschaltet werden. Die Aufzeichnung wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/2/18 vom 19.04.2018

Das Protokoll wird genehmigt.

TOP 3: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

a) Aktive Jugendliche im Stadtteil

Jugendliche sind nicht anwesend.

b) Bevölkerung

- Eine Bürgerin schildert Probleme durch Nutzer der benachbarten Bezirkssportanlage. Sie berichtet über Ruhestörungen bis in die Nacht. Ein weiterer Bürger berichtet über eine zugeparkte Feuerwehrezufahrt, sodass vor kurzem die Feuerwehr nicht in die Hamelner Straße fahren konnte. Es wurde positiv bewertet, dass sich die Verantwortlichen der SG Findorff um die Situation bemühen, allerdings sind das Ehrenamtliche. Es fehlt dort die Position eines Hausmeisters, der dafür sorgt, dass um 22.00 Uhr Ruhe herrscht. Befürchtet wird, dass mit dem Bau einer weiteren Halle die Probleme zunehmen werden.
Das Ortsamt wurde durch den Beirat beauftragt, diesbezüglich mit dem Sportamt Kontakt aufzunehmen
- Eine Bürgerin aus der Freiburger Straße beantragt, dass die Neukirchstraße unter Denkmalschutz gestellt wird. Der Beirat wird sich im Fachausschuss „Bau“ mit dem Thema befassen.
- Eine Bürgerin aus der Brandtstraße fragt nach dem Lösungsansatz des Beirates im Nachgang nach der Informationsveranstaltung hinsichtlich Ruhezeiten, Parkraumbewirtschaftung und weiteres Verfahren im Quartier Alt-Findorff. Die Vorsitzende weist zunächst darauf hin, dass die Informationsveranstaltung am 15. Mai nicht das Thema Parkraumbewirtschaftung sondern Bewohnerparken hatte. Des Weiteren hat der Beirat beschlossen, dass die verschiedenen Themenbereiche, wie unter anderem auch die mögliche Umkehrung der Einbahnstraßen, in einem Gutachten, welches der Beirat in Auftrag gibt, bewertet werden sollen.
Außerdem soll das Gespräch mit der Messe gesucht werden, um das Parken auf der Bürgerweide für die AnwohnerInnen auf der Bürgerweide zu erleichtern.
Auf eine Nachfrage, wann das Gutachten in Auftrag gegeben werden soll, erklärt die Vorsitzende, dass die Baustelle in der Findorffstraße abgeschlossen sein müsse.

c) Seniorenvertretung

- Frau Thurn berichtet, dass man sich mit der Aktualisierung der Landesbauordnung befasst hat. Ferner hat sich eine umfangreiche Arbeitsgruppe mit dem Altenbericht befasst

d) Beirat

- Globalmittelentscheidungen:
 - Fi. 06-18 Soziales / Caritas-Erziehungshilfen gGmbH, Wohngruppe Bonifatius für Aufladung Bäderkarte Bremer Bäder – Schwimmen für Geflüchtete, € 300,00: Zustimmung (einstimmig).
 - Fi. 04a-18 Beirat / Honorar Informationsveranstaltung Anwohnerparken am 15.05.2018, € 787,00: Eine Anfrage an das ASV hinsichtlich der Kostenübernahme aus dem Stadtteilbudget unterliegt noch einer abschließenden Prüfung. Falls die Übernahme der Restsumme in Höhe von € 787 durch das ASV nicht vorgenommen wird, ist eine Nachbewilligung aus Beiratsmitteln erforderlich.
Der Beirat beschließt die Bewilligung wie besprochen einstimmig.
- Westbad:
 - Beschluss des Beirates Gröpelingen vom 20.06.2018 (Anlage 1): Der Beirat Findorff schließt sich dem Antrag an: Zustimmung bei einer Enthaltung.
 - Zur Frage der möglichen Zustimmung betr. des offenen Briefes (Anlage 2) wurde vereinbart, diese im förmlichen Umlaufverfahren gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Beirates Findorff einzuholen.¹

¹ Lt. zwischenzeitlich durchgeführtem Umlaufverfahren gemäß § 4 der GO des Beirates Findorff, möchte dieser als Unterzeichner des offenen Briefes mit aufgeführt werden.

TOP 4: Barrierefreiheit im Stadtteil

Herr Dr. Steinbrück, Landesbehindertenbeauftragter Bremen, erläutert umfassend die Zielsetzung seiner Tätigkeit. Ziel ist im Wesentlichen die Teilhabe Behinderter am öffentlichen Leben, also Barrierefreiheit in jeder Hinsicht herzustellen, indem Barrieren abgebaut werden - unter dem Motto: man ist nicht behindert, sondern man wird behindert. Allerdings muss anerkannt werden, dass in einer gewachsenen Stadt nicht alles behindertengerecht sein kann. Die Beratungsstelle Komfort bietet Beratung für barrierefreies Bauen an, u.a. auch Informationen über Förderprogramme. Positiv hervorzuheben ist, dass Bremen hinsichtlich des Neubaus den höchsten Standard in Deutschland hat.

- Die Landesbauordnung (LBO) schreibt vor, dass alle Wohnungen, die über einen Aufzug erreicht werden können, barrierefrei sein müssen. Die neue LBO soll nach der Sommerpause in der Bürgerschaft behandelt werden. Nach dieser müssen auch Räume, die nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sind, barrierefrei erreichbar sein. Das Thema „Größere Bewegungsfläche“ ist zunächst für drei Jahre ausgesetzt, in dieser Frist will die Wohnungswirtschaft in Selbstkontrolle Lösungen anbieten.
- Des Weiteren besteht im Bremischen Landesstraßengesetz eine gesetzliche Verpflichtung, weitgehende Barrierefreiheit herzustellen. Hier gilt nicht, dass diese Verpflichtung nur im Falle des Neubaus anzuwenden ist, sondern auch für den Bestand.
- Herr Dr. Steinbrück weist ferner auf den Stadtführer im Stadtportal auf Bremen.de hin, wo wichtige Informationen für Menschen mit Beeinträchtigungen zu erhalten sind.

Die anschließende Diskussion behandelt folgende Aspekte:

- Am Standort Nürnberger Straße der Oberschule Findorff sind nicht alle Räumlichkeiten barrierefrei. Rampen sind geplant und seien mit der Bildungsbehörde für dieses Jahr vereinbart worden.
- Zu dem Stadtteilspaziergang der SPD-Fraktion zur Barrierefreiheit in Findorff, der in der Hemmstraße stattgefunden hat, sei festzustellen, dass an diesem keine blinde Person teilgenommen habe. Das Hauptaugenmerk bei der Begehung habe den RollstuhlfahrerInnen gegolten. Dabei sei festgestellt worden, dass nicht überall Bordsteinabsenkungen vorhanden sind, hier konkret an der Gandersheimer Straße. Die Frage stellt sich daher, ob die Baubehörde die Straßen auf solche Mängel hin kontrolliert. Herr Dr. Steinbrück erklärt dazu, dass dies in der Regel nur im Falle Baumaßnahmen geschehe. Solche konkreten Fälle müssen also an das ASV herangetragen werden.
- Die Fraktion Die Linke schlägt vor, dass in den Beiräten eigene Behindertenbeauftragten installiert werden sollten. Dies wurde von Herrn Dr. Steinbrück ausdrücklich begrüßt. Allerdings müsste dieser aus dem Beirat die volle Unterstützung erhalten.
- Eine Bürgerin bemängelt, dass die Bordsteinabsenkungen häufig von Fahrzeugen zugeparkt würden. Dazu wird der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 3) zur Barrierefreiheit im Nahversorgungszentrum vorgetragen. Konkret geht es um die Bordsteinabsenkung Gandersheimer Straße. Hier muss das ASV informiert werden. Falls keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, sollte der Beirat prüfen, ob die Maßnahme aus dem Stadtteilbudget finanziert werden könne.
- Ein weiteres Thema ist die Schaffung von „Ausruhmöglichkeiten“. Zwischen der Innsbrucker Straße und der Admiralstraße liegen 400 und 500 m zwischen Sitzmöglichkeiten. Ausnahmen bilden hier die Haltestellen der BSAG. Es gibt eine Empfehlung des Instituts „Straße und Verkehr“, dass alle 300 m in Stadtzentren eine Ausruhmöglichkeit vorhanden sein sollte. Der Beirat regt unter dem Aspekt, dass 30 % der Findorffer über 60 Jahre alt sind, an, entsprechende Sitzmöglichkeiten zu schaffen. Dies sei die Aufgabe des Bausenators; vorstellbar ist aber auch, dass sich Einzelhandelsgeschäfte oder andere Interessierte an der Realisierung beteiligen. Es wurde vereinbart, das Thema im Bauausschuss zu vertiefen.

- Querung der Hauptverkehrsstraßen: - Querung zwischen Aldi auf der einen und Rewe/Lidl auf der anderen Seite - im weiteren Verlauf der Hemmstraße zwischen Rewe und Penny - von der Neukirchstraße in Richtung Bürgerpark. Das Thema wird zur weiteren Behandlung in den Fachausschuss „Bau“ verwiesen.

Nach Diskussion wurde der Antrag zu dem gesamten Themenkomplex zur Abstimmung gebracht. Bei vier Zustimmungen und acht Enthaltungen wurde der Antrag angenommen.

TOP 5: Aufwertung und Sanierung des Findorfftunnels

Frau Pfister vom Kulturressort verweist auf den Workshop aus dem Jahre 2015, der gemeinsam mit dem Beirat Mitte abgehalten wurde. Es wurde festgestellt, dass der Tunnel in seiner bisherigen Form einen Angstraum darstellt. Seinerzeit wurden kurz- und langfristige Ziele formuliert. Zu den kurzfristigen Maßnahmen gehören ein Beleuchtungskonzept und eine neue Wandgestaltung, damit der Tunnel heller wirkt. Darüber hinaus sollten die Eingangsbereiche belebt werden. Langfristige Ziele sind die Geh- und Radwege zu verbessern, der Höhenunterschied und die Fahrbahn selbst. Ferner der Aufgang zum Güterbahnhof. Nachdem sich fast 3 Jahre nichts getan hat, wurden Ende letzten Jahres Handlungsmaßnahmen für eine saubere und sichere Stadt beschlossen wurden, um mit künstlerischen Mitteln Angsträumen entgegen zu wirken. Aus Findorff wurden hierfür die beiden Tunnelanlagen Findorffstraße und Münchener Straße benannt. Da Herr Imholze vom Bauressort urlaubsbedingt nicht anwesend sein kann, berichtet Frau Pfister über die künstlerische Seite des Projekts. Vorab weist Frau Pfister darauf hin, dass die grundlegende Voraussetzung für eine künstlerische Gestaltung die Reinigung des Tunnels sei (die Wände und die Decke dieses Brückenbauwerks sind im Eigentum der Bahn und nur die Fahrbahn und die Nebenanlagen im Eigentum der Stadt Bremen). Hierzu versucht das Bauressort mit der Deutschen Bahn AG, bisher vergeblich, ins Gespräch zu kommen. Das Kulturressort habe das Projekt für 2019 eingeplant und stellt bis zu 40.000 Euro zur Verfügung. Nach ihrer Einschätzung ist ein Betrag von mindestens 100.000 Euro erforderlich, um den Findorfftunnel aufzuwerten (aus dem Innenstadtkonzept 2025 stehen Mittel zur Verfügung). Nach den Richtlinien für Kunst im öffentlichen Raum besteht die Verpflichtung einen Wettbewerb durchzuführen.

Die anschließende Diskussion behandelt folgende Aspekte:

- Ziel ist es die Verbindung zwischen der Innenstadt und Findorff zu verbessern. Der Beirat wird ein Zeichen setzen und erwartet konkrete Schritte. Ein Vertreter der Grünen-Fraktion hat Kontakt mit dem Büro des Senators aufgenommen und erreicht, dass sich der Senator dafür einsetzt, einen Gesprächspartner bei der Bahn zu finden.
- Es wird vorgeschlagen, dass das Bauressort in Vorleistung gehen sollte und die Reinigungskosten später von der Bahn zurück gefordert werden könnten.
- Der pauschalen Verurteilung von Graffitis wird widersprochen. Frau Pfister erläutert dazu den Unterschied zwischen künstlerischen Graffitis, auch Urban Art genannt und Schmierereien, wie Tags.
- Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 4) fordert den Einsatz des zuständigen Senators, um die Angelegenheit zu beschleunigen und gegebenenfalls die Instandsetzung des Tunnels zu übernehmen. Von diesem Verfahren rät Frau Pfister aus Haftungsgründen ab.

Es wird auf einen Antrag aus der Bürgerschaft verwiesen, der nach einem vierstufigen Plan aufgebaut war. Die Punkte lauten Reinigung, Farbauftrag, Beleuchtung und künstlerische Gestaltung. Diese Punkte sollten sich im Antrag wiederfinden. Die Bezeichnung „neue Farbgestaltung“ sollte in den Antrag aufgenommen werden. Ferner solle das Wort „Graffiti“ durch „Tags“ ersetzt werden.

Der Antrag wurde mit diesem Zusatz zur Abstimmung gestellt. Einstimmig.

TOP 6: Zukunftskonzept regionale psychiatrische Versorgung Bremen-West

Das Thema wurde im Sozialausschuss ausgiebig erörtert. Hieraus resultiert der vorliegende Antrag (Anlage 5). Einstimmig angenommen.

Die Vorsitzende schlägt vor, diesen Antrag auch an die Beiräte Walle und Gröpelingen weiterzuleiten.

TOP 7: Bericht der Beiratssprecherin / Berichte aus dem Stadtteil

- Bericht über Bürgerbeteiligung in Bremen. Es wurde dort angeregt, dass 2 Stellen bei der Senatskanzlei für Bürgerbeteiligung eingerichtet werden sollten.
- Ferner wurde zum Thema Haushaltsanträge von Beiräten berichtet. Der Antrag aus Findorff zur pädagogischen Begleitung des Jugendbeirates war nicht erfasst. Die Liste wird regelmäßig aktualisiert. Der nächste Zwischenstand ist für Dezember vorgesehen.

TOP 8: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Vorsitz:

Sprecherin:

Protokoll:

- Ulrike Pala -

- Gönül Bredehorst -

- Reiner Bischoff -

Anlagen